

Antrag

der Fraktion der CDU

Stellenbedarf der Polizei jetzt neu feststellen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den Bericht der Kommission „Polizei Brandenburg 2020“ vom Juli 2010 einschließlich des Personalentwicklungskonzeptes in Anbetracht der dramatischen, zum Teil historisch schlechten Ergebnisse der Kriminalitätsbelastungs- und Aufklärungsbilanz für das Jahr 2011 (PKS für das Land Brandenburg 2011) kritisch zu hinterfragen und vor diesem Hintergrund jetzt neu zu bewerten.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den für die Zukunft bestehenden, tatsächlichen Stellenbedarf bei der Schutz- und Kriminalpolizei des Landes Brandenburg auf der Grundlage einer gründlichen und fachorientierten Aufgaben- und Sicherheitsanalyse festzustellen. Die Ergebnisse sind dem Landtag nach Fertigstellung unverzüglich schriftlich zuzuleiten.

Begründung:

Die Sicherheitslage in Brandenburg wird durch spezifische Faktoren beeinflusst. Einer explodierten Kriminalitätsbelastung in den Grenzgemeinden, hohen Fallzahlen grenzüberschreitender Kriminalität und einer insgesamt dramatischen Entwicklung bei der Einbruchs- und Diebstahlskriminalität landesweit stehen drastisch gesunkene Aufklärungsquoten - zum Teil im einstelligen Bereich - gegenüber.

Neben der Fallstatistik und den Aufklärungsquoten zeigt u. a. auch die besorgniserregende Entwicklung der Krankenstände auf, dass die Polizei unter ihrer gegenwärtigen Struktur und mit ihren personellen Ressourcen nicht nur an der Grenze ihrer Belastbarkeit arbeitet, sondern diese zum Teil deutlich überschritten hat. Die Schere zwischen den Aufgaben und Herausforderungen der Polizei Brandenburg einerseits und den dafür zur Verfügung stehenden Ressourcen andererseits läuft immer weiter auseinander.

Daher ist eine Feststellung des für die Zukunft bestehenden, tatsächlichen Stellenbedarfs bei der Schutz- und Kriminalpolizei des Landes Brandenburg dringend geboten. Eine solche Bedarfsfeststellung kann im Sinne eines tragenden und nachhaltigen Sicherheitskonzeptes für das Land Brandenburg nur auf der Grundlage einer fachlichen Aufgaben- und Sicherheitsanalyse erfolgreich gelingen.

Dieter Dombrowski
für die CDU-Fraktion